

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erbringt durch ihre Abkommen den Beweis, daß ein einiges Deutschland imstande wäre, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der nationalen Unabhängigkeit solche Verträge abzuschließen, die den Aufschwung der deutschen Wirtschaft gewährleisten. Wir zeigen der Bevölkerung Westdeutschlands den Ausweg.“

Die Friedens- und Freundschaftsgrenze

Unter den Ergebnissen der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kommen der Warschauer Deklaration und dem Görlitzer Abkommen über die Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen eine besonders hohe politische Bedeutung zu. Durch diese Abkommen ist die bereits in Jalta und Potsdam festgelegte und seit fünf Jahren bestehende Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen - endgültig sanktioniert und markiert worden. Damit ist dem Bestreben der amerikanischen Imperialisten, die jahrhundertalte, künstlich geschaffene Kluft zwischen dem deutschen und polnischen Volk weiter zu vertiefen und sie für ihre kriegerischen Pläne auszunutzen, ein für allemal ein Ende gesetzt. Die Oder-Neiße ist die Friedensgrenze zwischen beiden Völkern. Die endgültige Regelung gerade dieser Frage ist ein historisch bedeutsames Ergebnis der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, das aus eigener Verantwortung gegenüber den Interessen des deutschen Volkes erzielt wurde und einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa darstellt.

Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik um den Ost-West-Handel

Bei ihren wirtschaftlichen Vereinbarungen hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stets von der Verantwortung für die deutsche Gesamtwirtschaft leiten lassen. Für ihr Bemühen, die westlichen Besatzungszonen in ihren Handel mit einzubeziehen, fand sie sowohl bei der Sowjetunion wie bei den Volksdemokratien wie auch bei der Volksrepublik China, die für den deutschen Außenhandel ungewöhnliche Perspektiven bietet, volles Verständnis und volle Unterstützung. Diese Bemühungen der Regierung entspringen dem Wunsche, die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu vermindern und den Niedergang aufzuhalten, der der westdeutschen Wirtschaft infolge der Ausplünderung durch die anglo-amerikanischen Monopole und der Ausschaltung deutscher Ware droht.

Anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse wies Ministerpräsident Grotewohl die Handelsinteressenten Westdeutschlands darauf hin, daß eine erfolgreiche Entwicklung des gesamtdeutschen Handels mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien und mit China nur über die Deutsche Demokratische Republik möglich ist. Er betonte deshalb, wie nötig es sei, daß die wirtschaftlichen Kreise in Westdeutschland durch erhöhte Anstrengungen, durch aktive Anteilnahme an der Verwirklichung der Forderungen der Nationalen Front in Westdeutschland dazu beitragen, den lähmenden und drosselnden Einfluß der amerikanischen Monopole und ihrer deutschen Helfershelfer immer mehr zu beseitigen und dadurch den Anschluß der Wirtschaft Westdeutschlands an den Ost-West-Handel zu erzwingen.

Auch bei der Lösung der Fragen des innerdeutschen Handels hat sich die Regierung, wie das aus der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 9. August 1950 ersichtlich ist, stets bereit erklärt, die Politik der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands als einer wesentlichen Voraussetzung für die Wiedergewinnung der politischen Einheit mit allen Kräften durchzusetzen. Sie unterbreitete damals den Vorschlag, ein gegenseitiges Handelsabkommen in Höhe von einer Milliarde DM, ein Abkommen über einen innerdeutschen Kohlenaustausch und ein Energieabkommen mit Austausch von Strom, Gas und Wasser abzuschließen. Es ist bekannt, daß die Westmächte mit Hilfe ihrer Bonner Separatregierung den innerdeutschen Handel dadurch zu lähmen versuchten, daß sie die Zonengrenzen sperrten, die Warenbezüge

einseitig kontingentierten, Fachverbände einschalteten, ein Stahlembargo verhängten und die Verhandlungen zur Verlängerung des Frankfurter Abkommens verzögerten. Sie verfolgten damit das Ziel, die Erfüllung des Zweijahrplans und die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich zu machen. Der Arbeitsenthusiasmus der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik und die tatkräftige Hilfe der Sowjetunion und der Volksdemokratien haben dieses verwerfliche Unterfangen zum Scheitern gebracht. Der Leidtragende dieser Maßnahmen war die Wirtschaft Westdeutschlands. Es ist als ein großer Erfolg der Politik der Regierung in der Frage des innerdeutschen Handels zu werten, daß der amerikanische Hohe Kommissar durch den Druck der Öffentlichkeit nunmehr gezwungen wurde, der Bonner Regierung die Genehmigung zu erteilen, das Frankfurter Abkommen zu verlängern und über den Abschluß eines neuen großen Abkommens entsprechend dem Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. August 1950 zu verhandeln.

Kampf um die Einheit Deutschlands

In ihrer Regierungserklärung hatte die Regierung hervorgehoben, daß sie sich in ihrer nationalen Politik allein auf die Verwirklichung der in den Potsdamer Beschlüssen festgelegten Lebensforderungen des deutschen Volkes stützen und mit allen ihren Kräften die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik anstreben wird.

Die Forderungen nach Entmilitarisierung Westdeutschlands, nach einem gerechten Friedensvertrag, nach Abzug der Besatzungstruppen sowie nach Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands sind die unabdingbaren Bestandteile der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei der Lösung der nationalen Frage und werden es für jede künftige Regierung unserer Republik bleiben.

Durch die friedenbedrohenden Beschlüsse der Außenminister der drei Westmächte in New York ist der Kampf der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des ganzen deutschen Volkes um Einheit und Frieden in ein neues Stadium getreten. Der Weg von New York führt zur völligen Versklavung Westdeutschlands, er führt zum Krieg.

Die Quelle der Kraft der Regierung im Kampf gegen die Spaltungs- und Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus liegt in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Das Programm der Nationalen Front hat die Regierung ausdrücklich als einen Bestandteil ihres Regierungsprogramms erklärt. Bei der Begrüßung des dritten National-Kongresses stellte der Ministerpräsident sogar fest: „Regierung und Nationale Front sind ein und dasselbe, und ihr Ziel heißt Deutschland“.

Die großen Aufbauenerfolge der Regierung haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Nationale Front die machtvolle und unaufhaltsame Bewegung aller patriotischen Kräfte unseres Volkes geworden ist, die auch in Westdeutschland immer mehr an Kraft gewinnt. Sind doch die überzeugende und beispielgebende Kraft unseres friedlichen Aufbauwerkes, die weithin sichtbaren Erfolge unserer gemeinsamen Arbeit aus eigener Kraft, die stärkste Waffe im Kampf gegen die Spalter und Kriegshetzer.

Die Zeit der Erfolge ist gekommen

Durch ihre erfolgreiche Aufbauarbeit hat die Regierung die Basis des nationalen Kampfes des deutschen Volkes, die Deutsche Demokratische Republik, gefestigt und gestärkt. In diesem Gebiet unseres Vaterlandes ist die Geißel der Arbeitslosigkeit verschwunden. Die Wirtschaft weist eine planmäßige und stetige Aufwärtsentwicklung auf. Durch Erhöhung der industriellen Produktion und durch die Verbesserung der Qualität war es möglich, den Export zu steigern, mehr Lebensmittel einzuführen und die Ernährung zu verbessern. Die Finanzen sind geordnet; die Währung ist stabil. Die demokratische Gesetzlichkeit hat sich gefestigt, und die Sicherheitsorgane des Staates sind so stark, daß sie alle Ver-